

Terror treibt Front National an die Spitze

Der FN könnte, laut Umfrage, im ersten Durchgang der landesweiten Regionalwahlen in sechs von insgesamt 13 Regionen zur relativ stärksten Partei werden. Eine Studie ortet die Gefühle Wut und Hass nach den Pariser Anschlägen als entscheidenden Antrieb für die Stimmabgabe.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Die Anschläge vom 13. November werden morgen, Sonntag, in Frankreich politisch zu Buche schlagen. Laut Umfrage könnte der Front National im ersten Durchgang der landesweiten Regionalwahlen nicht nur im Schnitt mit 30 Prozent der Stimmen als relativ stärkste Partei abschneiden – das war schon bei den landesweiten Departement-Wahlen im vergangenen März der Fall, allerdings damals noch mit 25 Prozent. Diesmal könnte die Nationalistenpartei in sechs von dreizehn Regionen Kontinentalfrankreichs den Platz eins erobern und im abschließenden zweiten Wahlgang, eine Woche später, in voraussichtlich zwei Regionen die für eine Regionalregierung erforderliche Mehrheit erringen.

Die von der Pariser Zeitung Le Monde in Auftrag gegebene, sehr umfassende Studie lässt keinen Zweifel daran, dass die dschihadistischen Gemetzel in Paris den Ausschlag für den jüngsten, ruckartigen Anstieg des FN in der Wählergunst von einem bereits zuvor sehr hohen Niveau ausgelöst haben.

Demnach empfinden 81 Prozent der Befragten Wut, 75 Prozent Sorge, 63 Prozent Verbitterung und immerhin 51 Prozent Hass. Dieses Gefühl liegt damit noch vor der Angst, die von 50 Prozent der Befragten empfunden wird. Bezeichnend ist, dass es bei der Reihung dieser Emotionen keine größeren Unterschiede zwischen Gegenden (städtisch oder ländlich), Altersgruppen und Berufsangehörigkeit gibt.

Am ausgeprägtesten ist das Gefühl der Wut unter den FN-Anhängern (91 Prozent), weit über der diesbezüglichen Gefühlsreihung bei Sympathisanten der konservativen oder linken Parteien. Die Autoren der Studie sehen eine verstärkte Mobilisierung der Wähler, die sich als besonders wütend definieren und eine erhöhte Ungewissheit bei vorwiegend besorgten Wählern, die in ihren bisherigen Ansichten emotional erschüttert wurden. Beides begünstigt die Wählerverschiebung nach rechts.

Die große Zahl der Wähler, die primär Wut und Hass gegenüber der Bedrohung durch den Terror äußern, verlangen auch eine sehr starke Vorgangsweise der öffentlichen Hand in Sachen Sicherheit und Ordnung, wie die Studie konstatiert. Und in diesen Belangen wird dem FN große Glaubwürdigkeit beigemessen.

Das bedeutet auch, dass der harte Kurs bei inneren Sicherheitsfragen und der Terrorbekämpfung, der vom sozialistischen Staatschef Francois Hollande gesteuert wird, politisch nur wenig bis überhaupt nicht zugunsten seiner Partei zu Buche schlägt. Umfragen erbrachten zwar nach seinen jüngsten Kampfansagen gegen die Terroristen auch einen blitzartigen Popularitätsanstieg für Hollande, der ansonsten seit über drei Jahren in einem chronischen Sympathie-Tief watet. Aber das war auch schon nach den Anschlägen im Jänner

auf die Redaktion des Magazins 'Charlie Hebdo' und einen jüdischen Supermarkt in Paris der Fall gewesen, hielt aber nicht an.

Linkes Unbehagen über gewisse Maßnahmen von Hollande

Alles deutet daraufhin, dass die scharfen Maßnahmen des Staatsoberhauptes, darunter die Bombardierung des 'Islamischen Staats' in Syrien, die Ausrufung des Notstands und Massenfestnahmen unter Islamisten in Frankreich von einer Mehrheit begrüßt, aber nicht den Sozialisten zu Gute gehalten werden. Statt dessen sorgen gewisse dieser Ankündigungen von Hollande für Unbehagen und Wahl-Unlust im linken Wählerkern. Dazu gehört die vorgesehene Ausdehnung des Notstands auf voraussichtlich sechs Monate.

Auf besondere Kritik auch linksliberaler Persönlichkeiten stößt das Projekt, Personen, die terroristischer Aktivitäten überführt wurden, die französische Staatsbürgerschaft zu entziehen, vorausgesetzt, dass diese Personen über eine Doppelstaatsbürgerschaft verfügen. Das soll auch für Doppelstaatsbürger gelten, die in Frankreich geboren wurden. Experten betonen, dass diese Maßnahme als solche bereits bisher per Gesetz möglich war. Die von Hollande angestrebte Verankerung dieser Möglichkeit in der französischen Verfassung sei aber ein erster Schritt zur Aushebelung des sogenannten 'Recht des Bodens' (Staatsbürgerschaft für alle in Frankreich geborenen Personen bei Erlangung der Volljährigkeit – was auch stets ein wichtiges Identitätsmerkmal der französischen Linken war). Gleichzeitig würde diese Maßnahme gegen das Grundrecht auf Gleichbehandlung aller französischen Staatsbürger verstoßen, warnen linke Parlamentarier und Menschenrechts-Organisationen.